

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23 + 25 – Natura 2000- und Vogelschutzgebiete auf Eiderstedt

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 342.03 / 12.12.2003

Minister Müller kämpft für die Bauern

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

der Präsident des bayrischen Bauernverbandes Sonnleitner hat vor zwei Wochen auf der Landesversammlung des bayrischen Bauernverbandes ein mehrjähriges Moratorium für die Schutzgebietsausweisungen gefordert. Sonnleitner sprach von überzogenen Vorstellungen der Naturschützer und fordert, dass der „Planeritis“ der Stoiberschen Staatskanzlei Einhalt geboten werden muss.

Dazu zitiere ich aus der Homepage des Bayrischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: „Warum besteht ... ein derartiger Zeitdruck?“

Antwort: „Es geht bei der Schaffung des Biotopverbundes „Natura 2000“ um den Vollzug einer EU-Richtlinie.“ „Die EU hat auf Basis der ersten Meldekampagne die Gebietskulisse gleichsam aus der europäischen Vogelschutzperspektive überprüft und festgestellt, dann noch Ergänzungsbedarf besteht ... Alle EU-Mitgliedstaaten müssen hier noch Gebiete melden.“

Die Richtlinien zum Vogelschutz und zu FFH sehen keineswegs eine Verschlechterung der Einkommensmöglichkeiten der Bauern vor. Sie sehen vor, dass die Lebensräume von Vogelarten bzw. von Biotopen, die in ihrer Existenz gefährdet sind, möglichst nicht so verändert werden, dass es zu einem Aussterben der gefährdeten Arten oder Biotope kommt. Es geht also in erster Linie um die Erhaltung des bestehenden Zustandes. Und das ist dringend notwendig, denn wir beobachten, wie die Natur immer weiter zurückgedrängt wird.

Und ein Moratorium bei der Anmeldung von Gebieten nützt gar nichts. Denn der Schutzstatus für die Halbinsel Eiderstedt und andere Gebiete gilt rechtlich schon heute, weil die EU alle in Frage kommenden Gebiete automatisch mit dem Schutzstatus belegt, solange die Landesregierung nicht ihre Anmeldungen abgegeben hat. So weit ist die Situation in Schleswig-Holstein und Bayern vergleichbar.

Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied. In Bayern werden die Agrarprogramme des Landes um 15 Prozent gekürzt. Damit geht die dreifache Summe an Bundes- und EU-Mitteln für die Landwirtschaft verloren. Der Bauerverband spricht von „Sonderopfer“, bezeichnet das als „unfair“ und „Gift für Investitionsplanungen.“

In Schleswig-Holstein erhöhen wir dagegen auf Vorschlag des Umwelt- und Landwirtschaftsministers die Grundwasserabgabe, um so zusätzliche Mittel zu bekommen. Diese Mittel können auch für eine umweltverträgliche Landwirtschaft eingesetzt werden. So können die EU- und Bundesprogramme für die Landwirtschaft soweit wie möglich genutzt werden können. Das ist moderne Landwirtschaftspolitik!

Minister Müller kann Eiderstedt nicht von der Ausweisung als Vogelschutzgebiet befreien. Aber er hat im Kabinett dafür gekämpft, dass genügend Mittel bereit stehen, um zukünftig Programme für den Vertragsnaturschutz zu finanzieren. Und er setzt sich gemeinsam mit anderen Umweltministern dafür ein, dass das Instrument des Vertragsnaturschutzes auch für Vogelschutzgebiete eingesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, zwei Drittel von Eiderstedt sind Grünland. Bisher waren diese BäuerInnen weitgehend von den Agrarprogrammen ausgeschlossen. Durch die neue Agrarpolitik der Flächenprämie werden Grünlandbauern erstmals genauso gefördert werden wie andere BäuerInnen auch. Das nützt der Umwelt – das nützt der Landwirtschaft. Und das nützt insbesondere Eiderstedt.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein und Bayern gibt es ähnliche Debatten. das ist nicht verwunderlich. Auch in Schleswig-Holstein äußern BäuerInnen ihre berechtigten Sorgen und Fragen. Auch hier versuchen Funktionäre mit falschen Behauptungen Stimmung zu machen.

Die Natura 2000 ist kein Folterinstrument der Grünen. Wer hat denn im Ministerrat der EU die Natura 2000 verhandelt und ihr zugestimmt? Ist ihr Gedächtnis so kurz? Die Vogelschutz- und FFH-Richtlinie wurde unter einem schwarz-gelben Kabinett verhandelt und verabschiedet.

Der Unterschied zwischen den beiden Ländern ist ersichtlich: In Bayern bemüht sich die CSU um sachliche Information – kürzt aber zugleich die Mittel. In Schleswig-Holstein kümmert sich der Minister darum, dass die Bauern einen finanziellen Ausgleich bekommen, während die CDU Forderungen aufstellt, von denen sie genau weiß, dass die nicht mit dem EU-Recht konform gehen. Das ist das verlogen.

Wir als grüne Fraktion werden jedenfalls im Januar eine Woche nach Eiderstedt fahren und dort mit allen Beteiligten, Verbänden, Bäuerinnen und Bauern Gespräche führen.
